

Der Briefetal-Bote erscheint
Dienstag, Donnerstag, Sonn-
abend und Sonntag. Der Be-
zugspreis beträgt monatlich
1,10 RM. zuzüglich Bestell-
gebühr. Die einzelne Nummer
kostet 10 Pf.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Ge-
schäftsstelle Birkenwerder
Bahnhofsallee 5, angenommen.
Die zwölfspaltige Millimeter-
zeile kostet 3 Pf., die
dreizehnpaltige Textzeile, Millimeterzeile 25 Pf.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen
Neuendorf, Borgsdorf,
Briese, Lehnitz, Stolpe



für Bergfelde, Schönfließ
Frohnau, Summt
und Umgegend

Bereinigt mit Bergfelder Zeitung, Lehnitzer Zeitung, Hohen Neuendorfer Zeitung

Nr. 106

Preisnehmer: Amt Birkenwerder 2005

Dienstag, den 7. Juli 1936

Postfachkonto: Berlin 864 13

35. Jahrg.

Vernichtende Abrechnung mit Genf

Senatspräsident Greifer fordert Revision des Danziger Statuts

Vernichtende Abrechnung mit dem Völkerbundskommissar

Der Völkerbundsrat hat sich bemüht gefühlt, wieder einmal mit verächtlicher Eile Danziger Fragen auf die Tagesordnung zu setzen. Zum zweiten Male innerhalb eines Jahres. Nicht, weil die Zustände in Danzig einen derartigen Schritt erforderlich gemacht haben, sondern nur zu dem Zweck, die Aufmerksamkeit der Welt von dem Zusammenbruch des Sanctionsregiments abzulenken. Mit Recht hat der mitten aus der Arbeit heraus nach Genf gezogene Präsident des Danziger Senats, Greifer, dieses Verfahren demütigt, um einmal gründliche Abrechnung zu halten. Mit erschütternder Deutlichkeit hat Präsident Greifer seinem Ernteaunen über die Einladung nach Genf Ausdruck gegeben; erst recht aber darüber, daß der Völkerbundskommissar Lester einen neuen Bericht nach Genf geschickt hat, trotzdem er erst dieser Tage vor Zeugen Genugtuung über die von der Danziger Regierung im Interesse einer friedlichen Entwicklung ergriffenen Maßnahmen befragt hat. Sollte man aber in Genf darüber erstaunt sein, daß anlässlich der Anwesenheit eines deutschen Kriegsschiffes in Danzig dem hohen Kommissar des Völkerbundes kein Besuch abgeleistet worden ist, dann müßte man schon so gut sein, zu belehrt Präsident Greifer den Rat, sich bewegen nach Berlin zu wenden.

Präsident Greifer gab dann eine grundsätzliche Darlegung, wobei er u. a. ausführte:

Ich möchte betonen, daß ich mich vor meinem eigenen Gewissen zu der Pflicht durchgerungen habe, hier einmal nicht als Beauftragter toter Buchstaben und theoretischer Paragrafen zu sprechen, sondern als Regent von 400 000 deutschen Menschen, die ihr Schicksal nicht auf alle Ewigkeit in den Völkerbund setzen wollen und die Ideologie dieses Instituts letzten Endes gar nicht verstehen, sondern die, durch Blut und Kasse an das deutsche Volk gebunden, ihr Herz eine andere Sprache sprechen lassen als die durch eine weisensfremde Verfassung eingeengte. Die Danziger Bevölkerung hat mit mir den Eindruck, daß ihre Heimat Danzig nicht aus den Gründen vom Mutterland abgetrennt worden ist, die man in der Weltöffentlichkeit immer wieder behauptet.

Warum erfolgte denn überhaupt die Abtrennung? Polen sollte einen freien Zugang zum Meere haben, welcher ihm durch den Danziger Hafen gewährleistet wurde. Das neuerstandene Polen hat diesen ungehinderten Zugang zum Meere erhalten. Wie ich ausdrücklich und laut betonen möchte, erhebt das polnische Volk diesen Anspruch zu Recht. Wenn es aber allein nur um diesen Zugang zum Meere zu tun gewesen wäre, hätte man zu unsrer Heimat Danzig nicht von Deutschland abzutrennen brauchen.

Wenn aus Danzig trotzdem ein sogenannter Freistaat gemacht worden ist, dann möchte man fast annehmen, daß dieses geschah, um im Osten Europas einen dauernden Herd der Unruhe und der Reibung zwischen Deutschland und Polen zu besitzen.

Erst zwei Männer mußten kommen, die es traut ihrer Verschlinglichkeit und traut ihrer Autorität und insbesondere traut der Größe ihres christlichen Willens fertigbrachten, innerhalb kürzester Frist alle Konfliktstoffe zu beseitigen, Ruhe und Ordnung in die Dinge hineinzubringen und eine höhere Entwicklung für die Zukunft zu gewährleisten: Adolf Hitler, der anerkannte Führer des deutschen Volkes, und Joseph Pilsudski, der große und ehrwürdige Marschall Polens. Beide Soldaten und unvoreingenommen und geradlinig in ihrem Wesen. Wahrlich, zwei Männer, die überragend unter den Großen der Welt, daß ich es wohl verstehen kann, wenn andere Völker uns um diese beiden Führer beneiden.

In Danzig regiert seit mehr als drei Jahren eine nationalsozialistische Mehrheit, welche zweimal in verfassungsmäßiger geheimer Wahl durch das Vertrauen der Bevölkerung bestätigt worden ist.

Demokratie bedeutet, daß der Wille einer Mehrheit nach Gerechtigkeit und Gutes zur Geltung gebracht werden soll. Dieser Wille der Mehrheit ist unmissverständlich und unanfechtbar zweimal für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei zum Ausdruck gekommen.

Das Benehmen des jetzigen Kommissars in Danzig geht jedoch darauf hinaus, dieses Grundgesetz der Demokratie zu mißachten und einer sich destruktiv betätigenden

Minderheit, die in sich selbst zerrissen und unetwas ist, die Möglichkeit zu geben, die verfassungsmäßig geschaffene Mehrheit in schamlosester Weise zu terrorisieren.

Die nationalsozialistische Bewegung in Danzig wird angeklagt, nur berührt es eigenartig, daß gerade diese Bewegung die Toten und Schwerverletzten gehabt hat.

Ich habe nichts anderes getan, als daß ich eine durch die Opposition herbeigeführte beginnende Unruhe in Danzig im Keime ersticht und mit Mitteln beseitigt habe, die sogar die Zustimmung Ihres Kommissars gefunden haben.

Ist das vielleicht Dummheit und Unfähigkeit, daß ich zum Lohn dafür mitten aus meiner friedlichen Arbeit heraus wieder hiergeplottet werde? Nein, meine Herren, für solche Methoden eines Völkerbundskommissars hat die Danziger Bevölkerung kein Verständnis.

Ich habe als Frontsoldat und auch als Kämpfer der nationalsozialistischen Idee manchen Toten und manchen Schwerverletzten gesehen, aber derartig gemein und roh zusammengeschossene und zusammengeschoßene und niedergeschlagene Opfer dieser verbrecherischen Minderheit habe ich nicht für möglich gehalten.

Ich wünsche, meine Herren, diese deutschen Opfer ständen hier vor Ihnen vor dem Ratsisch. Sie würden dann mit eigenen Augen sehen, daß die von Ihrem Vertreter geduldeten Kampfweise der Opposition keinen Beitrag zum Frieden und zur Verständigung liefert, sondern eher belästigend wirkt.

Zwei Vorschläge

Wenn Sie wollen, werde ich innerhalb kürzester Frist eine Volksabstimmung in der Freien Stadt Danzig veranlassen, bei welcher die Danziger Bevölkerung selbst in vollkommener Freiheit und geheimer Abstimmung zum Ausdruck bringen soll, ob sie mit dem Willen Ihres Vertreters einverstanden ist oder nicht. Ich will jedoch nicht mich dem Vorwurf aussetzen, daß ich Ihnen heute lediglich Wünsche und Sorgen der Danziger Regierung und der Danziger Bevölkerung vor Augen geführt hätte, ohne selbst in der Lage zu sein, einen Ausweg aus dieser Situation weisen zu können.

Auswege sind in verschiedener Richtung hin zu finden. Zum Beispiel der Hohe Rat des Völkerbundes entsendet nach Danzig einen neuen Kommissar mit der Anweisung, ebenso wie alle früheren Kommissare sich innerpolitisch vollkommen zurückzuziehen und der Größe seiner Stellung und seines Auftrages im außenpolitischen Leben Danzigs gerecht zu werden. Hierbei möchte ich offiziell und mit allen Nachdruck betonen, daß ich ermächtigt bin, im Namen der Danziger Regierung die Erklärung abzugeben, daß bei dieser Neuordnung der Dinge sowohl alle aus allen Verträgen und Abkommen resultierenden Rechte der polnischen Minderheit im Gebiet der Freien Stadt Danzig als auch ebenso alle Rechte für den polnischen Staat unangetastet bleiben.

Oder ein anderer Ausweg wäre der, daß der Hohe Rat des Völkerbundes den Beschluß faßt, bei der bevorstehenden Neuordnung und Reform des gesamten Völkerbundes überhaupt keinen Kommissar mehr nach Danzig zu entsenden. Die vom Völkerbund nach wie vor auszubehende Garantie könnte alsdann in einer direkten Unterstellung und persönlicher Verantwortlichkeit des Präsidenten des Senats als Regierungschef dem Völkerbund gegenüber übergeben werden. Damit wäre die Ruhe und Ordnung ein für allemal sowohl im Innern als auch nach außen hin gewährleistet.

Meine Herren, ich habe eingangs schon betont, daß ich diese Rede nicht in Erwägung juristischer und völkerrechtlicher Bindungen halten wollte, sondern als Vertreter von 400 000 lebendigen deutschen Danziger Menschen. Hier haben heute nicht Paragrafen, sondern lebende Menschen gesprochen.

Der Buchstabe hat in Danzig schon genug Unheil angerichtet und Schiffsbruch erlitten.

Und wenn hier und da in der Welt auch die Meinung laut geworden ist, daß dieser Völkerbund in seinem Ansehen gelitten hätte, so glaube ich Ihnen, meine Herren, einen Weg gewiesen zu haben, auf dem Sie einen großen Beitrag zur Wiederherstellung Ihres Ansehens in der Welt leisten können. Ein solcher Beschluß würde eine geschichtliche Tat allergrößten Ausmaßes bedeuten. Für diese geschichtliche Tat wird Ihnen dann nicht nur die Danziger Bevölkerung, sondern die ganze Welt dankbar sein.

Gewaltiger Eindruck

Die Ausführungen des Senatspräsidenten Greifer machten auf die Ratsmitglieder einen gewaltigen Eindruck. Mit atemloser Spannung folgte man den Ausführungen. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, schien geradezu die Fassung verloren zu haben. Eine starke Bewegung ging durch den Saal, als Senatspräsident Greifer ausrief, daß die Danziger Bevölkerung nicht gewillt ist, auf alle Ewigkeit ihr Schicksal an das des Völkerbundes zu fetten.

Im weiteren Verlauf der Debatte sprachen noch der Ratsvorsitzende Eden und die Vertreter Polens, Frankreichs und Spaniens, die dem Völkerbundskommissar ihr Vertrauen bekundeten. Lester selbst, der gleichfalls das Wort erhielt, vermied es geschildert, auf die grundsätzlichen Fragen einzugehen. Ab dann wurde eine Entschließung angenommen, in der aus dem umjanzelten Bericht Lester's bezüglich der „Zwischenfälle“ anlässlich des Besuchs des deutschen Kreuzers „Reichig“ in Danzig (sein Besuch des Kommandanten bei dem Völkerbundskommissar) herausgegriffen und als Angelegenheit von „internationalen Charakter“ bezeichnet wird.

Schlusswort Greifers

In einem Schlusswort betonte Präsident Greifer, seine heutige Rede sollte zunächst lediglich ein Vorstoß sein, das Verhältnis der Freien Stadt Danzig zum Völkerbund einer Abänderung und einer Revision zu unterziehen. Dem Berichterstatter Eben sei er dankbar dafür, daß er bei günstiger Gelegenheit auf seine Ausführungen zurückkommen wolle.

„Aber wenn ich heute diesen Vorstoß unternommen habe“, so betonte Präsident Greifer noch, „und die Forderung auf Revision des Verhältnisses der Freien Stadt Danzig zum Völkerbund hier in aller Öffentlichkeit vor der ganzen Welt erhoben habe, dann möchte ich betonen, daß ich das nicht nur im Namen der Danziger Bevölkerung tue, sondern daß ich mich für berechtigt halte, diese Forderung für mein ganzes Volk zu erheben. Das deutsche Volk erwartet von Ihnen Beschlüsse in den nächsten Monaten, die mir die Möglichkeit geben, nicht mehr in Genf zu erscheinen.“

Ausschub eingeleitet

In einer Geheim Sitzung hat der Rat alsdann einen Ausschub für die Danziger Angelegenheit eingesetzt, der sich aus den Vertretern Englands, Frankreichs und Portugals zusammensetzt, und beschloß, seine 92. Sitzung nicht abzuschießen.

Ungehörte Zwischenfälle

Senatspräsident Greifer von Völkerbundsjournalisten beschimpft und lässlich bedroht.

Nach der zweiten Rede des Senatspräsidenten Greifer im Völkerbundsrat kam es zu unehörligen Zwischenfällen. Senatspräsident Greifer war während seiner Rede wiederholt von der Presse tribüne aus mit beleidigenden Zwischenrufen unterbrochen worden. Als er sich dann vom Ratspräsidenten und von dem polnischen Außenminister Beck mit dem Deutschen Gruß verabschiedete, ertönten erneut höhnische Zwischenrufe. Beim Verlassen des Saales gab Präsident Greifer vor der Presse tribüne seiner Mißachtung durch eine geringschätzige Handbewegung Ausdruck. Darauf erhob sich auf den voll besetzten Bänken der internationalen Presse ein wüster Lärm.

Als Präsident Greifer den Saal verlassen hatte, wurde er von Journalisten und Tribünenbesuchern, die denen sich aufstehend viele finden bekunden, unruhig und mit Schmähsreden überschüttet und sogar lässlich bedroht. Die Ruhe, die Greifer an den Tag legte, steigerte nach die Wut derjenigen, die ihn umdrängten. Schließlich erschien ein Sekretariatsbeamter und stellte an den Präsidenten der Freien Stadt das unehörlige Ansehen, durch eine Hintertür das Völkerbundsgelände zu verlassen. Greifer weigerte sich, indem er erklärte: „Ich bin durch den Haupteingang in dieses Gebäude hineingekommen, und ich werde es auch auf jeden Fall wieder durch den Haupteingang verlassen.“

Der Senatspräsident blieb dann noch etwa 10 Minuten in der Wandelhalle und verließ dann mit seiner Begleitung das Völkerbundsgelände durch den Haupteingang.

Schon als Greifer Sonabendnachmittag das Gebäude betrat, war es zu einem unerwartlichen Vorfall gekommen. Beim Betreten des Gebäudes wurden ihm von Saalbesuchern Schwierigkeiten gemacht, obwohl er sich ordnungsgemäß angemeldet hatte. Von seinen drei Völkerbundsekretariats sind diese Vorfälle damit „entpöbeligt“ worden, daß man die Kontrolle am Eingang besonders verstärkt habe, um auf alle Fälle Rundgebungen gegen die Danziger Vertreter zu vermeiden (!).